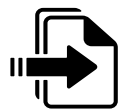


Mehrsprachigkeit – mehr als ein nationaler Mythos?

Romedi Arquint | Ciuuos-chel

Nel suo articolo, Romedi Arquint, profondo conoscitore della realtà linguistica svizzera, si pone la domanda 'se il plurilinguismo sia più di un mito nazionale'. Per trovare una risposta passa in rassegna alcuni momenti significativi della nostra storia e talune peculiarità del nostro ordinamento. In particolare si sofferma dapprima sul ruolo della Confederazione, per mandato costituzionale chiamata a vigilare sul plurilinguismo ma anche a favorirlo, poi riflette su quanto fanno i Cantoni che, malauguratamente, tendono piuttosto a coltivare il monolinguisimo. Una delle ragioni profonde di questa ambiguità, dai connotati a tratti un po' assurdi, risiede secondo l'autore nell'applicazione rigida del principio di territorialità, vera e propria palla al piede di un'apertura linguistica. In verità, secondo Arquint, la storia mostra come non sia tanto il plurilinguismo ad accomunare gli Svizzeri quanto altre scelte e altri valori. Tuttavia, sarebbe una vera sfida tornare ad occuparci del plurilinguismo oltre la retorica di circostanza per liberarlo dalla zavorra mitologica e farlo vivere.



Altri articoli su questo tema:

www.babylonia.ch >

Archivio tematico > Schede 14 e 23

Die Beschwörung der Mehrsprachigkeit als ein Wesenselement der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist in letzter Zeit zu einer gebetsmühlenartig heruntergeleiteten Formel geworden; wehe, wenn man sie kritisch hinterfragt. Man erinnere sich: Die EWR-Abstimmung hatte 1992 den politischen Graben aufgeweckt zwischen den Sprachgemeinschaften, in Bundesbern kam es zu einem hektischen Aktivismus, die *cohésion nationale* stand in Gefahr, Verständigungs- und andere Kommissionen wurden gebildet. Die Jahre gingen über das Land. 10 davon verstrichen bis es endlich zu einem Gesetzesentwurf kam, der jedoch an den Absender zurückgeschickt wurde. Grund: Der Bund hätte für die *cohésion* an die 15 Millionen mehr aufbringen müssen. Im Jahre 2010 war es dann soweit: Ein zahnloses Gesetz mit 5 Millionen Mehrkosten war alles, was Bundesbern für dieses anscheinend so wichtige Anliegen aufzubringen bereit war. Und nun der Lärm um den Zeitpunkt der Einführung der

zweiten Landessprache in der Volksschule; wehe, wenn Englisch den Vortritt vor einer der Landessprachen hätte. Der Sündenbock ist gefunden, die Schule soll lösen, was der Alltag nicht zustande bringt. Die Schlacht in geradezu absurder Weise auf einem Nebenschauplatz auszufechten, ist allemal einfacher als den Tatsachen ins Auge zu schauen.

Zum Bund: Der Bund betreibt die ihm von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben zur mittleren Zufriedenheit aller Beteiligten. Selbst das Rätöromanische wird in der Verwaltung und in öffentlichen Anschriften angemessen berücksichtigt. Zu mehr ist er nicht verpflichtet und wesentlich mehr darf es auch nicht sein und vor allem, mehr darf es nicht kosten. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, der Jahresbeitrag, der für den Schüler- und Lehrlingsaustausch vorgesehen ist, mit einer Million Franken mehr als bescheiden. Man kann den Einsatz des Bundes als einen Pflichtlauf bezeichnen, zu einer Kür reicht es nicht. Es sei allerdings zugestanden, dass dem Bunde geringe Handlungsmargen zugestanden werden: Bei einer Intensivierung des Engagements, würden ihm die Kantone aufgrund ihrer Bildungs- und Kulturhoheit sehr genau auf die Finger schauen.

Die Kantone ihrerseits hintertreiben die Strategie der Mehrsprachigkeit. Die starre Anwendung des Territorialitätsprinzips schottet die Kantonsprachen gegen andere Landessprachen ab, diese werden in der Schule gar zu „Fremdsprachen“! Die Kantone setzen die nationalstaatlich geprägte Ideologie um, wonach die echte Persönlichkeitsbildung auf **einer Sprache** beruhe, die Integration Anderssprachiger auf einem bestimmten Gebiet zwingend in dieser **einen Sprache** geschehen soll, ohne dass sie ein Anrecht auf Förderung ihrer je eigenen Erstsprache haben. In diesem Sinne muss ein Territorium notwendigerweise an **eine einzige Sprache** gebunden

Die Kantone hintertreiben die Strategie der Mehrsprachigkeit. Die starre Anwendung des Territorialitätsprinzips schottet die Kantonsprachen gegen andere Landessprachen ab, diese werden in der Schule gar zu „Fremdsprachen“!

sein. Die Einsprachigkeit der Kantone (bei den zwei- und dreisprachigen Kantonen herrscht eigentlich auch das Territorialitätsprinzip vor) macht es schwierig, das Prinzip der Mehrsprachigkeit zu leben. Ein Blick in die Bildungs- und Kulturstrategien der Kantone lässt die Anstrengungen zur Förderung der Mehrsprachigkeit de facto unter „ferner liefen“ erscheinen. In Stein gemeisselt steht hingegen die Forderung: Die Schule soll es richten! Das zarte Pflänzchen der zweiten Landessprache soll dort gepflegt werden und Farbe in die sprachliche Monokultur bringen. Eine Landessprache als „Fremdsprache“ in der Laborsituation der einsprachigen Schule zu unterrichten, ohne dass eine motivierende soziale und kulturelle Umwelt besteht, kann wohl nur zu unbefriedigenden Resultaten führen. Wer wagt es, etwa Qualitätskontrollen über das erreichte Sprachniveau in Volks- und Berufsschule (falls Zweitsprachen in letzterer überhaupt noch unterrichtet werden) durchzuführen oder den Kenntnisstand der Erwachsenen ermitteln zu wollen, die bis zur Maturität den Französisch-, beziehungsweise Deutsch- oder Italienischunterricht besucht hatten? Die Delegation der *cohésion nationale* an die Schule erweist sich als Alibiaktion, und wenn PolitikerInnen sich darüber in die Haare geraten, ab welcher Altersstufe, ob die Landessprache als erste oder als zweite Fremdsprache ihren Platz haben soll, wird es nur noch peinlich. Als ob die Schule das Malaise der Politik lösen könnte.

Die negativen Auswirkungen des Territorialitätsprinzips

Das grösste Hindernis zur Schaffung eines gegenseitigen Verständnisses ist die strikte Anwendung des Territorialitätsprinzips durch die Kantone. Dieses Prinzip gewährt unzweifelhaft bedrohten Sprachen wie dem Rätoromanischen einen zusätzlichen Schutz, kann letztlich jedoch dessen Niedergang auch nicht verhindern: Die Zunahme anderssprachiger Bewohner in den touristischen Regionen, eine Abwanderung und Überalterung in den Tälern machen aus dem rätoromanischen Stammgebiet eine Art Park der letzten Mohikaner. Das Prinzip wirkt sich zudem für die rätoromanische Sprache auf eine andere Weise kontraproduktiv aus. Die grösste Anzahl der Rätoromanen lebt ausserhalb des traditionellen und geschützten Gebietes. Hier

geniessen sie aber keinen Schutz und keine Förderung; ihren Kindern wird keinerlei Pflege der eigenen Sprache in der Schule angeboten, einer Sprache, die notabene eine Landessprache ist, der der Staat gemäss seiner Verfassung Schutz und Förderung angedeihen lassen müsste. Dasselbe gilt übrigens für alle Schweizer Familien, die ausserhalb der heimischen Sprachgebiete wohnen. Ja, das Prinzip wird sogar in Sprachgrenzgebieten und in zweisprachigen Städten rigide angewendet, an Orten, wo sich ganz alltägliche Begegnungen ergeben und die Zweisprachigkeit normal sein sollte. Ich komme zum Schluss: Das Territorialitätsprinzip ist eine Erfindung der Nationalstaatsideologie und soll in erster Linie die jeweilige Mehrheitssprache vor der Infiltration durch andere Sprachen schützen. Diese Ideologie geht davon aus, dass ein sprachlich homogenes Gebiet die zwingende Voraussetzung für die staatliche Einheit sei. Das Territorialitätsprinzip, das historisch gesehen seine Berechtigung gehabt haben mag, stellt sich heute als ein Hindernis zur Umsetzung einer gelebten Mehrsprachigkeit heraus, denn erstens ist unsere Gesellschaft mobil geworden, zweitens wird die Förderung der Erstsprache als wichtiges Element der Persönlichkeitsbildung für alle erkannt und drittens verliert eine irgendwie geartete nationale Identität ihre primäre Bindungskraft an die Sprache. So stehen wir vor der spezifisch schweizerischen etwas absurden Situation: Für den Bund sind die Landessprachen grundsätzlich gleichgestellt und dienen einer ausreichenden Kommunikation mit der Bürgerschaft; in den Kantonen wird hingegen die territorial eingegrenzte und mit symbolischen Identitätsmerkmalen aufgeladenen Erstsprache gegen die anderen Sprachen ausgespielt. Dieselben Kantone bangen um ihre Identität und betonen deren Schwächung anstatt Lust auf den Spracherwerb zu wecken und auf die Bereicherung durch Sprachbrücken zu setzen.

Was die Schweiz im Innersten zusammenhält

Zu den Werten der Schweiz gehören Faktoren wie basisdemokratische Entscheidungen, dezentrale und föderalistische Strukturen. Das erste und wichtigste Element der *cohésion* ist ein einfaches: Keines der Sprachgebiete möchte sich politisch dem „grossen Nachbarn“ Frankreich, Deutschland oder Italien anschliessen. Das Zweite liegt im basisdemokratischen Instrumentarium, das dank Dezentralisierung und Föderalismus den BürgerInnen die Übernahme von politischer Verantwortung in öffentlichen Angelegenheiten ermöglicht. Demgegenüber ist der Graben in der Schweiz vorwiegend ein Mentalitätsgraben und dieser kann einzig mit einer Politik begegnet werden, die auf gegenseitige Achtung und Entgegenkommen ausgerichtet ist. Der inflationäre Gebrauch der direktdemokratischen Mittel ist

ein Ausdruck Deutschschweizer Arroganz und politischer Unkultur, denn damit wird zwar eine Deutschschweizer Mehrheit garantiert, gleichzeitig aber eine im parlamentarischen Betrieb auf Konsens ausgelegte Politik zerstört. Man könnte sich aus diesen Gründen einen sachlicheren und weniger dramatisierenden Umgang mit der Frage der Landessprachen als „Fremdsprachen“ wünschen.

Die Mehrsprachigkeit als Kür

Die Mehrsprachigkeit, die erst in den Zeiten der geistigen Landesverteidigung zum Mythos emporstilisiert wurde, gehört zu den Werten, womit man sich in undramatischer Weise auseinandersetzen müsste. Würden wir generell der Mehrsprachigkeit mit ähnlicher Gewichtung und Achtsamkeit nachleben, wie dies in der politischen Rhetorik der Fall ist, müsste der Weg zu einer tatsächlich gelebten mehrsprachigen Bevölkerung vorge-

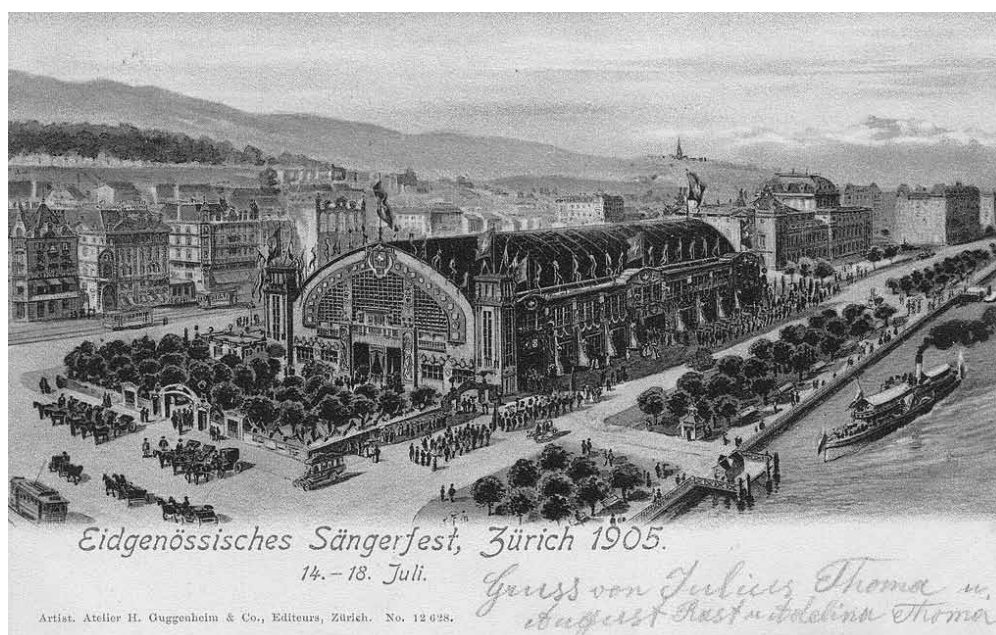
zeichnet sein. Die homogenen Sprachteppichen würden mit anderssprachigen bunten Farbtupfer belebt und die Sprachenvielfalt wäre als spannend, anregend und motivierend erlebbar. Eine lustvoll betriebene Strategie eines mehrsprachigen Staates könnte etwa darin bestehen, dass Bund und Kantone für alle Schulklassen der Schweiz je einen Wochenaufenthalt in der anderssprachigen Schweiz als obligatorisch erklären und diesen auch finanzieren. Bund und Kantone könnten den Kindern, die in einer andern Sprachegend zur Schule gehen, einen Unterricht in der Sprache und Kultur ihrer Herkunft anbieten. Die Kantone müssten auf zweisprachige Schulmodelle setzen, in Grenzgebieten und -städten wären sie der Nor-

malfall. Der Weg von der Mehrsprachigkeit als einem „ungeheuren Gerücht“ (Dürrenmatt) zur Mehrsprachigkeit als gelebte Wirklichkeit ist weit und mühsam, könnte jedoch gerade für die Schweiz eine äusserst spannende Herausforderung darstellen.

Ausführliches dazu: Romedi Arquint (2014). Plädoyer für eine gelebte Mehrsprachigkeit, Zürich: NZZ-Libro.

Romedi Arquint

Geb. 1943, Theologe, a. Präsident der Lia Rumantscha sowie der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, a. Gemeindepräsident und Grossrat, Adjunkt im Bundesamt für Kultur (1983–91), Experte bei der Erarbeitung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, Stiftungsrat CONVIVENZA und Mitglied der Stiftung Sprachen und Kulturen.



Carte postale lithographiée publiée par H. Guggenheim, spécialement créée pour la Fête fédérale de Chant de 1905.